Nummer 50 — Halle, Mittwoch, den 28. Februar 1923 — 58. Jahrgang
Einzelpreis: 75,00 Mark

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land 1550.00 Mark, durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 1550.00, in den Hausgebotstellen abgerollt Mark 1500.00 monatlich. Die achtspaltige Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Einzelverkauf Mark 100.00, im auswärtigen Verkehr Mark 125.00. Reklamen die Millimeter-Zeile Mark 400.00 im Einzelverkauf und Mark 500.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Zehn Uhr vormittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelnummern 7431. Telegr.-Adresse: Saalezeitung Halle Saale. Bank-Rechnung. Landesbank Provinz Sachsen, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle an der Saale. Bezugsbestellungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig

Bonar Laws Lockmelodie.

116 Millionen Franc für die Ruhraktion / Lord Curzon über den Ruhreinbruch / Eine Note gegen den Trierer Eisenbahnraub / Elberfeld in Gefahr? Abzug der alliierten Kriegsschiffe von Smyrna.

„Erst das Ruhrgebiet räumen!"

London, 28. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Ministerpräsident Bonar Law antwortete gestern abend im Unterhause auf eine Anfrage Sir John Simons, daß Frankreich die Ruhr besetzt halte, um diejenigen Zahlungen zu erhalten, die es für nötig halte. Obwohl man sich in England sehr klar darüber sei, daß Deutschland auf diese Weise nicht bezahlen könne und daß die Ruhraktion völlig unnötig sei, beunruhige man sich doch sehr über den Ausgang dieser Aktion. Deutschland erkläre natürlich, daß das Vorgehen Frankreichs falsch sei und daß es sich dadurch noch weniger bezahlt machen werde, als wenn es die Aktion nicht unternommen hätte. Das Beste wäre es, wenn Deutschland endgültig erkläre, was es zu tun gedenke, und wenn es eine Summe nenne, die es zu bezahlen entschlossen ist. England sei natürlich berechtigt, die Aktion Frankreichs zu kritisieren. Aber dessenungeachtet sei es dafür, daß Deutschland endlich einen vernünftigen Plan zur Klärung der ganzen Frage vorlege. Am besten wäre es, wenn die drei Nationen: England, Frankreich und Deutschland je eine Erklärung über die Lage gäben, um eine Lösung zu finden, die alle zufriedenstelle und der Welt endlich den ersehnten Frieden bringe.

*

Abermals tritt Bonar Law als Versucher an uns heran und bestätigt damit, was wir schon vor einer Woche an leitender Stelle ausführten: England möchte uns gern von dem geraden Weg unseres entschlossenen Widerstandes in den Irrgarten der Verhandlungen abdrängen, um sich selbst die Entscheidung im Ruhrkonflikt zu ersparen und den unangenehmen Zustand zu beendigen, in den es am Rhein durch den französischen Einbruch geraten ist. Wir sollen bekannt geben, was wir zu zahlen gedenken. Wenn die Reichsregierung sich selber treu bleibt, dann kann die Antwort auf diese Frage nur lauten: „Nichts, so lange noch ein Franzose im Ruhrgebiet steht!" Wir haben ja unsere Zahlungsvorschläge längst ausgearbeitet und wollten sie in London und in Paris unterbreiten. Wir wurden nicht gehört. Jetzt mag sich Frankreich die Milliarden selbst holen. Wir haben keine Ursache, die Politik der unbedingten Abwehr um des Versuches Bonar Laws willen auch nur um eine Linie zu ändern. Wir haben nicht zwei Monate unmenschlicher französischer Barbarei ertragen, um uns von England um die Früchte des Sieges, den wir erringen wollen und erringen werden, bringen zu lassen!

Curzon über den Ruhrfeldzug.

Die „schwierige und besorgniserregende Lage".

London, 28. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Lord Curzon sprach gestern abend über die politische Lage. In großen Zügen entwickelte er ein Bild der allgemeinen Weltlage, das voller Hoffnung war in bezug auf England, die Türkei, Polen und Tschechoslowakei, Oesterreich und Italien. Es gebe aber auch schwarze Flecke auf der internationalen Leinwand: Rußland, der nahe Osten und schließlich die Ruhr. England sei in vielen Teilen der Welt von langwierigen und unwillkommenen Aufgaben in Anspruch genommen, in gefährliche und kostspielige Aufträge verwickelt und stehe im Ruhrgebiet einer schwierigen und besorgniserregenden Lage gegenüber, die die Wirtschaftslage der Welt schwer trübe und gefährliche Rückwirkungen auf soziale und industrielle Probleme ausübe. Er glaube, daß die öffentliche Meinung Englands die britische Politik in der Ruhrfrage verstehe und unterstütze und mit der Regierung dahin übereinstimme, daß der französische Einmarsch ins Ruhrgebiet, ob mit Recht oder Unrecht, auf jeden Fall unklug war, und daß England auf dem rechten Wege sei, wenn es seine Truppen so lange wie möglich am Rhein belasse, da England ebenso wie andere Mächte an der Lösung des Reparationsproblems interessiert sei. Diese Lösung sei nicht Frankreich, Belgien und Italien allein vorbehalten. Sie sei ein internationales Problem, und er glaube und hoffe, daß die Lösung durch eine internationale Unternehmung erfolgen werde.

Die Interventionsgerüchte.

Voreilige und übertriebene Kombinationen.

Die von uns bereits bei dem ersten Auftauchen der Gerüchte über Vorbereitungen einer amerikanischen Intervention in der Ruhrfrage geäußerten Bedenken über die Tragfähigkeit dieser auf angeblichen Aeußerungen des Londoner amerikanischen Botschafters beruhenden Mitteilung erfahren schnell ihre Bestätigung. Nützte schon die Erkenntnis, daß eine ernsthafte Interventionsäsich: Amerikas nicht in solcher Weise auf den offenen Markt zu tragen wäre, zu entsprechender Bewertung jener Nachrichten führen, so zeigt auch die Kommentierung, die sie im Auslande erfahren, daß es sich um voreilige und übertriebene Kombinationen gehandelt hat, denen es an einer ernsthaften Grundlage durchaus fehlt. Dagegen ist die sehr geschickte französische Propaganda bereits am Werk, die augenfällige Aufmachung, mit der jene Kombinationen in einem Teil der deutschen Presse wiedergegeben worden sind, zum Ausgangspunkt einer Kampagne zu machen, in der sie als ein Zeichen der deutschen Schwäche und des deutschen Suchens nach Hilfe ausgebeutet werden.

Wie wenig Widerhall zurzeit der Gedanke einer Intervention in Amerika finden würde, das zeigt auch deutlich die Aufnahme des Hardinglschen Vorschlages einer Beteiligung der Vereinigten Staaten an dem internationalen Schiedsgerichtshof. Auch hier äußert sich die von uns bereits geäußerte Erwartung, daß dieser Vorschlag in weiten und einflußreichen politischen Kreisen heftig bekämpft werden dürfte, und nach den neuesten Meldungen scheint es, daß seine Erörterung im Senat auf unbestimmte Zeit verschoben worden ist. Damit ist sein Schicksal zwar noch nicht besiegelt, aber die Agitation, die in der Zwischenzeit gegen ein derartiges Näherrücken Amerikas an den Völkerbund und damit an die europäischen Angelegenheiten arbeiten wird, muß einen Erfolg des Hardinglschen Gedankens nur noch mehr in Frage stellen. Man sieht, daß es gut war, in Deutschland jenen Nachrichten und Kombinationen mit kühler Zurückhaltung zu begegnen und sich so eine neue Enttäuschung zu ersparen.

Drohung mit der Besetzung von Elberfeld.

Paris, 28. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Der „Intransigeant" schreibt: „Wenn die Engländer uns keine Zugeständnisse machen, werden wir keine andere Möglichkeit haben, als die, einen Weg in das Ruhrgebiet über Elberfeld zu suchen. Eine solche Linie gibt es. Sie zweigt von Siegburg, einer Station von Urbach, ab und durchläuft die unbesetzten Teile Deutschlands, die nach dem Friedensvertrag entmilitarisiert sind."

Neue Schreckenstaten in Bochum.

Bochum, 28. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) In Bochum üben die Franzosen seit heute morgen eine wahre Schreckensherrschaft aus. Sie holen die Schupobeamten gewaltsam aus ihren Quartieren und Wohnungen, reißen ihnen die Kleider vom Leibe und mißhandeln sie mit Reitpeitschen. Die Stimmung der Bevölkerung ist auf dem Siedepunkt angelangt. Die Erbitterung ist so groß, daß ernsthafte Ausbrüche der Volksleidenschaft erwartet werden.

Eine Note an die Rheinlandkommission.

Gegen die Eisenbahnräubereien in Trier.

Berlin, 28. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete, Fürst Hatzfeld-Wildenburg hat gemäß Auftrag der Reichsregierung dem Präsidenten der Interalliierten Rheinlandkommission folgende Note übergeben:

„Nachdem das deutsche Eisenbahnpersonal infolge der Besetzung des Ruhrgebietes es abgelehnt hatte, Reparationskohle und Truppentransporte für das Ruhrgebiet zu befördern, haben die französischen Besatzungstruppen im Bezirk der Reichseisenbahndirektion Trier nach den der deutschen Regierung zugegangenen Nachrichten deutsches rollendes Eisenbahnmaterial beschlagnahmt und selbständig Eisenbahnzüge sowohl auf der Mosel- wie auf der Eifelstrecke in Betrieb zu setzen versucht. Sie haben hierbei die deutschen Fahrpläne und die deutschen Signale und Sicherheitsvorrichtungen außer acht gelassen. Infolge dieses Vorgehens sah sich die Reichsbahndirektion gezwungen, den deutschen Betrieb einzustellen, um Zusammenstöße von Eisenbahnzügen und damit eine

Gefährdung von Menschenleben und Gütern

zu vermeiden. Die Besatzungsbehörden haben darauf den Leiter der Reichsbahndirektion, Herrn Präsidenten Lohze in Trier, und mehrere Eisenbahnbeamte ausgewiesen. Außerdem sind eine Anzahl Eisenbahnbeamte verhaftet und in das Gefängnis nach Mainz abgeschafft worden. Das Gebäude der Reichsbahndirektion in Trier wurde besetzt, der Kassenschrank erbrochen und die dort vorgefundenen Geldbeträge in Höhe von mehreren Millionen Mark beschlagnahmt. In der Stationskasse auf dem Hauptbahnhof Trier wurden 250 Millionen Mark und in dem Dienstgebäude Augustinerhof weitere 150 Millionen Mark weggenommen. Ein Kraftwagen, in dem sich 220 Millionen Mark Lohngelder für die Eisenbahnbeamten befanden, wurde von französischen Posten angehalten und das Geld weggenommen. Die Reichsbank in Trier wurde militärisch besetzt und für das Publikum geschlossen. Infolgedessen sahen sich auch die Privatbanken in Trier, die auf den Verkehr mit der Reichsbank angewiesen sind, gezwungen, ihre Schalter zu schließen. Dieses hatte wiederum zur Folge, daß das ganze wirtschaftliche Leben in Trier in Stockung geriet, weil die Gewerbetreibenden kein Geld bekommen, um Löhne zu bezahlen und weil überhaupt der ganze Geldumlauf unmöglich gemacht wurde. Der Bankbetrieb konnte erst zu Beginn dieser Woche wieder aufgenommen werden. Auch in Mainz haben französische Militärbehörden das rollende Material, 61 Millionen Mark Lohngelder und eine Anzahl Dienstwohnungen beschlagnahmt, Beamte ausgewiesen oder verhaftet und einen Bankdirektor festgesetzt. Hier liegt also eine Reihe von Maßnahmen der Besatzungsbehörde vor, welche die

schwersten Bedrückungen und Entbehrungen

für die rheinische Bevölkerung zur Folge haben. Sie stehen mit dem Rheinlandabkommen in Widerspruch, da dieses den Besatzungsbehörden nur solche Eingriffe gestattet, welche für die Sicherheit und die Bedürfnisse der Besatzungstruppen erforderlich sind. Zu irgendwelchen Zwangsmaßnahmen waren aber die Besatzungsbehörden um so weniger berechtigt, als die Reichsbahn sich stets bereit erklärt hat und noch bereit ist, die Transporte auszuführen, welche dem Rheinlandabkommen entsprechen. Indem ich mir gestatte, die Aufmerksamkeit der Rheinlandkommission auf die durch die obenstehenden Maßnahmen hervorgerufenen schwerwiegenden Folgen hinzulenken, beehre ich mich im Auftrage meiner Regierung darauf hinzuweisen, daß nach deutscher Auffassung die Verantwortung hierfür auf die Rheinlandkommission fällt.

Einheitsfront oder Abwehrfront?

In Berlin hat am Sonntag ein außerordentlicher Bezirksparteitag der Sozialdemokratie stattgefunden, der bedeutungsvoll war nicht nur durch das Referat, das der Parteivorsitzende, Abg. Wels, hielt, sondern mehr durch die Aussprache, die vorwiegend von Mitgliedern der Reichstagsfraktion bestritten wurde. Im Mittelpunkt der Tagung stand natürlich der Ruhreinfall und das Problem seiner Lösungsmöglichkeiten, wobei die Stellung der Sozialdemokratie zu der von der Reichsregierung geführten Politik die Hauptrolle spielte. Zwar waren alle Redner über die Notwendigkeit der Fortsetzung des passiven Widerstandes durchaus einer Meinung, erheblich weniger einheitlich aber war die Auffassung über die Haltung der Fraktion gegenüber dem Kabinett Cuno und den bürgerlichen Parteien. Mit Nachdruck wurde immer wieder die Meinung abgelehnt, daß die Sozialdemokratie mit den bürgerlichen Parteien in einer Einheitsfront stehe. Der Referent selbst war es, der es für nötig hielt, scharf zu betonen, eine solche Einheitsfront gebe es nicht und werde es nicht geben, und von sämtlichen Debatterednern wurde dieser Faden in mehr oder minder gröberer Form weitergesponnen.

Es ist bezeichnend, daß sich in der Aussprache auch einer fand, der da meinte, er werde das Gefühl nicht los, daß viele Kritiker der Parteitaktik glauben, die Partei habe irgendwelche Aengste und ihr fehle die Richtschnur. In der Tat könnte man leicht zu diesem Glauben kommen, wenn man sieht, mit wie heißem Bemühen die Sozialdemokratie den Gedanken einer Einheitsfront von sich weist. Ein vernünftiger Grund ist dazu mit dem besten Willen nicht ersichtlich. Es ist bislang niemandem eingefallen, aus der Tatsache der gemeinsamen deutschen Abwehr des Rechtsbruches der Franzosen und Belgier den Schluß zu ziehen, daß nunmehr alle politischen Gegensätze zwischen der Sozialdemokratie und den nicht sozialistischen Parteien aus der Welt geschafft, daß wir alle ein Herz und eine Seele seien und damit die politische Einheitsfront hergestellt sei. Wenn es dagegen noch eines Beweises bedürfte, so brauchte man nur auf die recht weit auseinandergehenden Auffassungen über allerlei Steuerfragen hinzuweisen. Auch ist man in nicht sozialistischen Kreisen einsichtig genug, die nicht geringen Schwierigkeiten zu würdigen, gegen die die Sozialdemokratie im eigenen Lager seit der Wiedervereinigung mit den Unabhängigen einerseits und angesichts der unablässigen Hetze der Kommunisten gegen sie andererseits zu kämpfen hat. Ebensowenig bildet sich irgendwer ein, daß infolge der gemeinsamen Abwehr die Solidarität der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die nun leider einmal auf den Klassenkampf eingestellt ist, mit dem Unternehmertum ein für alle Mal hergestellt sei. Wozu also der vielen Worte und großen Gesten gegen ein Ideal, das leider gar nicht da ist und, wie Wels richtig sagte, auch nie da sein wird?

Was uns unbedingt not tut, ist nicht die politische Einheitsfront, sondern die einheitliche Abwehrfront. Und von dieser hat sich die Sozialdemokratie nicht ausgeschlossen und wird sich gewiß nicht ausschließen wollen. Sonst wäre es mit ihrem Nimbus im Ruhrrevier sehr rasch vorbei. Diese Abwehrfront wird aber sicher nicht gestützt und gestärkt, wenn man in dieser Zeit der allgemeinen Volksnot das Thema des Kabinettssturzes erörtert und schärfsten Kampf gegen die Regierung Cuno fordert. Wir wollen hier nicht die Frage untersuchen, ob es wirklich so leicht wäre, das Kabinett Cuno heute zu stürzen. Aber es ist doch merkwürdig, daß keiner der Redner einen scharf umrissenen Grund für die Notwendigkeit dieses Kampfes angeführt hat, als etwa die angeblichen Verhandlungen zwischen Reichswehrministerium und Geheimorganisationen. Die aber hat schon in der vorigen Woche der Reichswehrminister im Reichstag auf das richtige Maß zurückgeführt. Im übrigen hat selbst der frühere Unabhängige Dr. Levi erklärt, daß der Kampf der Ruhrarbeiterschaft nicht nur auf Anweisung der deutschen Regierung geschehe, sondern einem instinktiven Gefühl entspringe. Diesem Abwehrkampf dient man aber wahrlich mit Angriffen gegen das Kabinett und das Reichswehrministerium nicht. Schließlich ist auch in der Versammlung selbst ganz richtig gesagt worden, daß die Beseitigung des Kabinetts Cuno doch nicht die Ruhrfrage löse.

Im Ruhrgebiet ist man erfaunt über die Differenzen, die sich im unbesetzten Deutschland noch immer zwischen den Parteien in dieser entscheidenden Frage zeigen. Dort fällt man auch nicht auf den kommunistischen Schwindel herein, der da behauptet, die Arbeiter sollten bei dem Ruhrkampf nur als Vorspann benutzt werden, um letzten Endes den Achtstundentag zu beseitigen und die Arbeiter unter das Joch der deutschen „Faszisten" zu bringen. Die Agitatoren, die mit diesem hirnverbrannten Zeug hausieren gegangen sind, haben sich im Ruhrgebiet eine schwere Abfuhr geholt. Die Arbeiterschaft hat in der richtigen Erkenntnis dessen, was uns jetzt not tut, in diesen Wochen allen politischen Hader beiseitegeworfen und damit eine Gemeinschaft errichtet, die auch die Nörgler und Parteifanatiker im unbesetzten Deutschland endlich zur Ruhe bringen sollte. Vor der Frage um die Existenz — und um die geht es bei dem Kampf — muß jede andere Frage, so sehr sie auch in normalen Zeiten Bedeutung hat, vollständig in den Hintergrund treten. Wer sich das klar macht und sich vor Augen hält, daß während des Streits der Franzosen die Besetzung immer ausdehnen, für den beantwortet sich die Frage: Einheits- oder Abwehrfront von selbst!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230228017/fragment/page=0001

Glasenapp über den Milliardenraub.

Berlin, 28. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages gab gestern Vizepräsident der Reichsbank v. Glasenapp Auskunft über den französischen Raub der 12,8 Milliarden Mark Reichsbankgelder. Gegen die Beschlagnahme dieser Reichsbankgelder wurde an den zuständigen Stellen bereits feierlich Verwahrung eingelegt. Da die Reichsbank ein autonomes, rein auf Privatkapital gegründetes Institut ist, so stellt die Beschlagnahme einen klaren völkerrechtlich unzulässigen Eingriff in das Privatrecht dar. Die Versorgung des besetzten und des Einbruchsgebietes sei bisher stets zur Vermeidung von Verzögerungen nicht durch die Post, sondern durch D-Züge unter Begleitung von Beamten in reservierten Abteilen geschieden. Den Franzosen waren diese täglichen Geldsendungen bekannt. Sie sahen auf den Bahnhöfen die Ausladung der ungeheuren Notenmassen und wußten, daß im besetzten Gebiet Noten gedruckt wurden. Eine Belästigung der Transporte hatte bisher nicht stattgefunden. Es erschien daher eine Beibehaltung dieses Beförderungsweges unbedenklich.

*

Berlin, 27. Februar. Der Reichsrat stimmte in seiner heutigen Vollsitzung dem Entwurf eines Gesetzes über die Beschaffung von Mitteln zur Deckung eines Devisenfonds zu. Nach der Vorlage soll bekanntlich der Finanzminister 50 Millionen Dollar durch Ausgabe von Schatzanweisungen flüssig machen. Die näheren Bestimmungen über Verzinsung usw. sollen dem Finanzminister überlassen bleiben. Die einkommenden Beträge sind zu verwenden zur Bildung eines Devisenfonds im Interesse der Stützung der deutschen Währung.

*

London, 28. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Zur Beschlagnahme der 13 Milliarden Mark durch die Franzosen schreibt „Daily Chronicle", die Welt erlebe das außerordentliche Schauspiel, daß eine alliierte Regierung das Geld der anderen stehle und sich weigere, es wieder zu erstatten, nachdem sie auf Diebstahl hingewiesen worden sei. Das Blatt fragt: „Sieht dies so aus, als hätten die Franzosen viel Achtung vor Bonar Law, als hielten sie ihn für einen sehr starken Mann?"

*

Paris, 28. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Aus Koblenz wird gemeldet: Die Rheinlandkommission veröffentlicht eine Ordonnanz, worin erklärt wird, daß die von der Kommission verhängten Gefängnisstrafen über 5 Jahre in Zukunft in französischen, belgischen und englischen (?) Gefängnissen verbüßt werden müssen.

116 Millionen Franken für den Ruhrkrieg!

Paris, 28. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Poincaré wird in dieser Woche wahrscheinlich noch einmal vor der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten erscheinen, aber nicht, um über die Ruhrbesetzung weitere Aufklärungen zu geben, sondern um sich über die Konferenz von Lausanne zu äußern (!). Auch die Erwartung, daß bei der Diskussion über den Kredit für die Ruhraktion in der Kammer die Regierung sich etwas deutlicher über das Unternehmen äußern wird, scheint sich nicht zu erfüllen. Der Gesetzesvorschlag ist erteilt und die Regierungskommission beschäftigt sich mit ihm. Aber es wird bereits dafür Stimmung gemacht, daß eine Debatte unterbleiben soll, weil die Regierung doch vorläufig nichts sagen könne, und weil in dieser Zeit alle Parteien im Interesse des Vaterlandes hinter dem Ministerpräsidenten stehen müßten. Das Resumé einer regierungsfreundlichen Zeitung lautet wörtlich: „Die wiederholte Vertragsverletzung Deutschlands bei der Lieferung von Kohlen und Holz hat die Entsendung einer Kontrollkommission in das Ruhrgebiet veranlaßt. Zu ihrem Schutze war die Entsendung von Truppen notwendig. Um die Truppen zu sichern (!), mußten die Eisenbahnen in unsere Verwaltung übernommen werden, weil die deutschen Beamten durch Streik und Sabotage die Besetzung verhinderten. Auf diese Weise wird ein Kredit von 116 Millionen Francs für eine Heeresexpedition großen Stils begründet.

Der Vorschlag der englischen Arbeiterpartei.

Die englische Arbeiterpartei und die englischen Gewerkschaften haben zwei Schritte getan, die in Deutschland mit großer Aufmerksamkeit und mit besonderem Dank begrüßt wurden. Der Gewerkschaftskongreß hat den deutschen Gewerkschaften die Summe von 500 Pfund Sterling gleich 50 Millionen Mark zur Verfügung gestellt für den Kampf „gegen die Verelendung der Arbeiter im Ruhrgebiet". Neben seiner materiellen Bedeutung hat dieser Schritt einen ganz außerordentlichen moralischen Wert als entschiedene Wendung der englischen Arbeiterschaft gegen die französische Gewaltpolitik und als eine Mahnung an die Arbeiterschaft Frankreichs. In dieser Richtung geht der Schritt noch weiter, den die englische Arbeiterpartei im Unterhaus mit der Einbringung einer Resolution getan hat, in der sie anregt, daß die Parlamente Englands, Frankreichs und Belgiens Ausschüsse aus Vertretern aller Parteien zur gemeinsamen Erörterung des Ruhrproblems einsetzen sollen.

In Deutschland würde eine solche Kommission nur begrüßt und es würde ihr gewiß bereitwillig alles Material zur Verfügung gestellt werden, denn Deutschland hat auch in der Ruhrfrage nichts zu verheimlichen. Die französische Arbeiterschaft aber wird zeigen müssen, ob sie einem solchen Vorschlag geneigt ist und die Kraft hat, sich dem Militarismus gegenüber durchzusetzen. Diese Kraft hat sie aber keineswegs, selbst wenn sie wenigstens den guten Willen hätte. Den hat sie aber auch nicht trotz alles Geredes unserer internationalen Schwärmer, insonderheit der Kommunisten.

Abberufung aller Kriegsschiffe aus Smyrna.

Paris, 28. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Die Vertreter der alliierten Mächte in Smyrna teilen mit, daß sie, um eine Versöhnung herbeizuführen, angeordnet hätten, ihre Einheiten, die sie infolge der Zwischenfälle Anfang Februar dorthin entsandt hatten, zurückziehen werden.

*

Die englischen Blätter urteilen sehr optimistisch über die Lage in der Türkei. Es wird als gutes Zeichen betrachtet, daß die Türken die beiden englischen Flieger, die seit der Zeit des Waffenstillstandes von Mudania gefangen gehalten wurden, jetzt freigelassen haben. Ihrerseits glauben die Engländer, den Zwischenfall von Smyrna dadurch beigelegt zu haben, daß sie ihre Kriegsschiffe aus dem Hafen von Smyrna zurückzogen. Nach den letzten Meldungen der „Times" aus Konstantinopel scheinen die gemäßigten Mitglieder der Nationalversammlung von Angora die Oberhand gewonnen zu haben. Die Frage sei nun, ob die Versammlung die von Ismet Pascha gemachten Konzessionen ratifizieren werde. Es sei möglich, daß Mustapha Kemal am Donnerstag, dem dritten Jahrestag des Zusammentritts der Nationalversammlung, die klaren Richtlinien seiner Politik in einer Rede darlegen werde.

Die Revision im Erzberger-Prozeß verworfen.

Leipzig, 28. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Wie bereits berichtet, fand gestern vor dem ersten Strafsenat des Reichsgerichts die Revisionsverhandlung statt, die die Staatsanwaltschaft Offenburg gegen die Freisprechung des der Beihilfe am Erzbergermord angeklagten Kapitänleutnants von Killinger angestrengt hatte. Der Angeklagte war selbst nicht zugegen, sondern ließ sich durch Rechtsanwalt Dr. Lütgebrun-Göttingen vertreten. Der Vertreter der Reichsanwaltschaft, Dr. Geißler, erklärte an der Hand zahlreicher Entscheidungen, die Revision nicht vertreten zu können. Es bestehe kein Anlaß, in der gegenwärtigen Zeit diesen Prozeß nochmals aufzurollen. Der Verteidiger wandte gegen die Revision ein, daß das Verfahren bei der Bildung der Vorschlagsliste der Geschworenen den gesetzlichen Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprochen habe. Die Fragestellung an die Geschworenen sei durchaus zutreffend gewesen. Sie sei für den Angeklagten noch ungünstiger gewesen, als die von der Staatsanwaltschaft gewollte, so daß das freisprechende Urteil durchaus gerechtfertigt sei. Entsprechend den Ausführungen des Reichsanwalts und des Verteidigers verwarf das Reichsgericht die Revision und hielt das freisprechende Urteil des Schwurgerichts Offenburg aufrecht.

Der preußische Landwirtschaftshaushalt.

Berlin, 28. Februar.

Der Preußische Landtag trat am Dienstag in die Einzelbesprechung des Landwirtschaftshaushalts ein. Auch bei den einzelnen Positionen kam es immer wieder zu grundsätzlichen Aussprachen. Von deutschnationaler Seite wurde erneut die Beseitigung der letzten Reste der Zwangswirtschaft für Getreide und Zucker verlangt. Demgegenüber verwies Minister Wendorff auf seine Darlegungen am Tage zuvor, daß zurzeit, wo wir uns gerade in im Kriege befänden, diese Forderung nicht erfüllt werden könne. Die Versorgung mit Stickstoff und Enteignungsfragen im Interesse der Siedlung spielten weiter eine Rolle in der Aussprache. Besonders wurde von deutschnationaler Seite geklagt, daß die Reichsgetreidestelle recht lässig sei in der Bezahlung des Umlagegetreides; hier müsse der Staatskommissar für Volksernährung sich energischer einsetzen. Eine größere Aussprache gab es noch über das landwirtschaftliche Schulwesen, dessen Förderung allgemein angeregt wurde. Für das ländliche Fortbildungsschulwesen auf dem Lande wird voraussichtlich demnächst eine Stelle für eine weibliche Referentin geschaffen werden; wenigstens sprach der Minister seine grundsätzliche Zustimmung zu einer solchen Anregung aus. Schließlich war man auch mit der Einzelaussprache zu Ende. Eine große Zahl von Abstimmungen zu den Anträgen des Hauptausschusses sowie zu denen, die aus dem Hause gestellt wurden, schloß die zweite Lesung des Landwirtschaftshaushalts ab.

Minister Geßlers Abwehrkampf.

Annahme des Reichswehretats im Reichstag.

Berlin, 27. Februar.

Nach Erledigung einer Reihe von kleineren Vorlagen hat der Reichstag am Dienstag die Wehrdebatte wieder in Angriff genommen, der man angesichts der sozialdemokratischen Absicht, den Haushalt des Wehrministers nicht zu bewilligen, mit besonderer Spannung entgegensah. Nach einer ziemlich zerfahrenen Rede des Abg. Ledebour (USP.), kam für die Sozialdemokratie der frühere Sprecher der Unabhängigen in Wehrfragen, Abg. Künstler zu Wort, der die bisherigen Erklärungen des Ministers mit großer Schärfe als unzureichend kennzeichnete und eine klipp und klare Auskunft über Beziehungen von Offizieren oder einzelnen Formationen der Reichswehr zu illegalen Organisationen forderte. Ueber solche Beziehungen liege ein so belastendes Material vor, daß der Minister dem Reichstag und dem deutschen Volke einwandfreie Rechenschaft schulde. Der Reichswehrminister erwiderte sofort aus den sozialdemokratischen Reihen, er habe nie behauptet, daß zwischen der Reichswehr und den illegalen Organisationen keinerlei Verbindungen bestünden, sondern habe in engster Zusammenarbeit mit dem Minister Severing diese Dinge mit größter Aufmerksamkeit nachgeprüft. Ihm selbst stehe kein eigener Nachrichtenapparat mehr zur Verfügung, so sei er auf die Informierung durch Severing angewiesen sei. Er halte es für unmöglich, solchen Verbindungen lediglich mit dem Polizeiknüppel beizukommen, warne aber auf der anderen Seite vor übertriebenen falschen Gerüchten und warne nicht minder eindringlich vor den kommunistischen Treibereien. Nur durch die Entwicklung republikanischer Tugenden könnte die Grundlage des Staates gefestigt werden. Der Minister schloß unter Beifall des Hauses mit der Versicherung, daß er für den Schutz der Verfassung einstehe.

*

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Ledebour (U. Soz.) führt aus: Minister Dr. Geßler habe mit vollem Recht erklärt, nur ein Verräcker könne an einen bewaffneten Widerstand gegen die Franzosen denken. Auf der Rechten des Hauses sei man offenbar anderer Ansicht. Gegenüber den beginnenden faszistischen Gewalttaten müssen sich alle proletarischen Organisationen zusammenschließen, um einen neuen Kapp-Putsch abzuwehren und dann die Macht zu ergreifen, zunächst national und dann international. Darum müssen die Proletarier aller Richtungen demonstrativ den Heeresetat ablehnen.

Abg. Künstler (Soz.) verlangt vom Reichswehrminister, die Ausführungen des Abg. Schöpflin über die Beziehungen der Reichswehr zu den Selbstschutzorganisationen zu beantworten.

Reichswehrminister Dr. Geßler: Es ist richtig, daß alle möglichen Kriegspläne jetzt von Unverantwortlichen ausgeheckt werden. Die Verfassung dieses Unsinns würde sehr zur Erheiterung beitragen. Ebenso behenklich ist es aber, wenn kommunistische Arbeiterführer in Betriebsrätevversammlungen den Arbeitern vorreden, die russische Rote Armee werde den deutschen Arbeitern zu Hilfe kommen gegen Frankreich und die deutschen Kapitalisten. Ich halte es für ganz ausgeschlossen, daß Sowjetrußland den deutschen Proletariern zu Hilfe kommen wird. Ich halte diese Agitation für sehr bedenklich wie jede andere Agitation, die an militärische Aktionen appelliert. Ich habe nicht erklärt, daß zwischen der Reichswehr und den illegalen Organisationen keinerlei Verbindungen bestehen. Ich habe vielmehr in engster Verbindung mit Minister Severing die mir bekanntgewordenen Nachrichten mit größter Aufmerksamkeit nachgeprüft. Ich halte es aber für unmöglich, solchen geistigen Bewegungen allein mit dem Polizeiknüppel beizukommen. Machen Sie (zu den Soz.) doch nicht denselben Fehler, den früher die Reaktion machte, die in jedem Sozialdemokraten einen Verbrecher sah. In dieser Bewegung gibt es Idealisten, verstiegene Leute und verächtliche Geschäftemacher.

Ich kann mit allem Nachdruck feststellen: Der Schutz der Grenzen kann von der Reichswehr nur mit den dazu verfassungsmäßig berufenen Behörden allein durchgeführt werden, denn sie ist ein Zusammenwirken mit illegalen Organisationen ausgeschlossen. (Beifall.) Mein Zusammenwirken mit dem Minister Severing verfolgt auch den Zweck, zu verhindern, daß noch so viele verabschiedete Soldaten und Offiziere im Reichswehr-Ausweisen herumlaufen. General v. Watter ist verabschiedet und die Reichswehr steht nicht hinter seinen Plänen. Auch in seinem Prozeß ist wieder die illegale Rechtsorganisation mit der Gefahr eines Putsches von links heraufbeschworen worden. Daraus ergibt sich wieder wie gefährlich die kündigen Drohungen von links mit einer neuen Revolution sind. Sie (nach links) dürfen doch nicht erwarten, daß das Bürgertum sich widerstandslos abschlachten läßt. Wenn Sie die Macht ergreifen wollen und dazu die rein verfassungsmäßigen Mittel des Wahlrechts anwenden, dann wird sich kein Mensch dagegen wehren. (Lachen links.) Die Drohung mit Gewalt ist in jedem Fall zu verwerfen, ob sie von links oder von rechts kommt. Mit solchen Drohungen sind Sie (nach links) nur die Zutreiber der anderen Seite. (Lebh. Beifall b. d. bürg. Parteien.)

Abg. Ledebour (U. Soz.): Ich erkenne an, daß Dr. Geßler ein guter Kerl ist, aber ihm fehlt jede Energie. Die Reichswehr muß überhaupt abgeschafft werden, denn sie hat keine Existenzberechtigung mehr.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. Das Gehalt des Ministers wird bewilligt.

Kunst und Wissenschaft

Die Erfurter Sehschilde im Neuyorker Museum. Vor kurzem erregte es Aufsehen, als aus dem Besitz des Städtischen Museums in Erfurt mehrere der berühmten mittelalterlichen Sehschilde der Stadt ins Ausland verkauft wurden. Nun sind sie im Neuyorker Metropolitan-Museum gelandet, weit an der Zahl. Die Stadt Erfurt bezieht von der Reichsregierung nur unter Schwierigkeiten die Erlaubnis zum Verkaufe erhalten können, da es sich um national-wertvolle historische Stücke handelt. Einst schmückten die Schilde die hohe gotische Wölbung der Ratshalle des Erfurter Rathauses, sie wurden Museumsgut, als im 19. Jahrhundert das Rathaus heraustrat erneuert wurde. Die jetzt im Neuyorker Museum ausgestellten Schilde, dem 14. bis 15. Jahrhundert angehörig, ragen neben dem Adlerpaar von Erfurt auch die von Brandenburg und Mainz, mit dem Erfurt damals zusammenging.

Eine neuartige Theatergründung. Zu welch merkwürdigen Versuchen die immer mehr um sich greifende Theaternot verleitet, geht daraus hervor, daß, wie in Berlin verlautet, ein neues Theater auf ganz neuer Grundlage gegründet werden soll. Mehrere Künstler, unter ihnen Fritz Kortner und Ludwig Berger, haben sich zu einer Direktion zusammengetan, die beabsichtigt, ihre Mitglieder in den verschiedensten Branchen zu beschäftigen. Im Laufe jedes Jahres beabsichtigt man, sechs Monate im Auslande Gastspielreisen abzuhalten, um durch den Valutagewinn die notwendigen Unterlagen zu gewinnen. Drei Monate soll dann in Berlin gespielt werden, und drei Monate sollen der Herstellung von Filmen dienen. Zu diesem Zwecke wird auch eine Art Fusion der Ufa angestrebt werden. Als Bühne für die Berliner Aufführung soll ein Kinotheater am Nollendorfplatz erworben werden. Unter den zahlreichen bekannten Darstellern, die mit Ablauf dieser Saison in Berlin aus ihren Verträgen ausscheiden, befinden sich Hermann Thimig und Paul Hartmann. Kann es wohl ein Ereignis geben, das ein grelleres Schlaglicht auf die Not der deutschen Künstler und der deutschen Bühnen wirft als diese beabsichtigte Neugründung, deren Zweck es ist, die ihr angeschlossenen Darsteller vor der äußersten Not unserer Tage zu schützen?

Der bekannte Komponist Pembaur sen., Direktor des Innsbrucker Musikschule und akademischer Musikdirektor der Universität Innsbruck, ist kurz vorüber gestorben. Er ist vor allem als Komponist großer Chorwerke mit Orchester, zahlreicher Messen und anderer Vokalwerke weit über Oesterreich hinaus bekannt geworden. Seine Söhne sind der berühmte Pianist Josef Pembaur und der Dresdener Hofkirchenmusikleiter und Direktor des Dresdener Opernchors Carl Pembaur.

Die Deutsche Kunstausstellung Karlsruhe 1923. Eine große Deutsche Kunstausstellung für freie und angewandte Kunst wird vom Mai bis October in Karlsruhe (Baden) stattfinden. Die Künstlerschaft aller deutschen Stämme, auch jener außerhalb des Reiches, ist ohne Rücksicht auf die einzelnen Kunstrichtungen aufgerufen, sich mit ihren besten Werken, Gemälde und Graphik, Plastik und angewandte Kunst, zu beteiligen. An diese Ausstellung der hervorragendsten Werke lebender Künstler schließt sich gleichzeitig eine rückschauende Ausstellung auf das künstlerische Schaffen der letzten zwei Jahrzehnte am Oberrhein. So verspricht die Ausstellung, für die große geeignete Räume in dem während des Krieges vollendeten Kunstausstellungsgebäude zur Verfügung stehen, ein künstlerisches Ereignis von allererster Bedeutung zu werden. Sie wird ein umfassendes Bild des gesamten deutschen Kunstschaffens bieten und damit zugleich ein Marksteln deutscher Kultur in der neuen Westmark des Reiches werden.

Bücher und Noten.

Dr. Karl Storck, Opernbuch. 26. bis 28. verm. Aufl. (Herausg. von Paul Schwers.) Mutbische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart 1923. Storcks bewährter Führer liegt jetzt in zwei Ausgaben vor, nämlich als einbändige Gesamtausgabe und getrennt in zwei Bänden „Klassisches" und „Modernes Opernbuch". Dem Anwachsen der zeitgenössischen Produktion entsprechend ist der zweite Teil, bei Wagner beginnend, der umfangreiche geworden. Wir finden hier die neuesten Namen von Klang vertreten, so Pfitzner, Schreker, Korngold, Reznicek u. a., das Ausland ist berücksichtigt mit Debussy, Moussorgski, Massenet und natürlich fehlen auch längst eingeführte Meister nicht wie Bizet, Smetana, Tschaikowski usw. Die Anordnung ist die bekannte. Vorangestellt ist eine kurze Geschichte der Oper, die einzelnen Werke werden dem Inhalt nach wiedergegeben, außerdem wird zu jedem Komponisten eine kurze Einführung gegeben, die über seine Lebensumstände und künstlerische Bedeutung das Wichtigste mitteilt. So wird das Buch dem Theaterbesucher auch in der neuen Gestalt wieder ein verlässlicher Führer sein. Kl.

Hans Kleemann, Drei Klavierstücke, Op. 15. Dr. Hans Kleemann hat die drei Klavierstücke Prof. Zellmaque zugeeignet. Erinnerung, Resignation und Humoreske; In ruhigem Zeitmaß gehalten bergen sie viel Grüblerisches, das auch bei der etwas lebhafteren Humoreske in Erscheinung tritt, die zum Schluß ins Tragische umschlägt. Die reifen Kompositionen werden ernsten Musikfreunden in stillen Abendstunden einen hohen Genuß bieten. Es sind Lieder ohne Worte, die man immer wieder gern zur Hand nimmt. k.

Die Ruhr in der Karikatur.

Poincarés Verhöhnung in den Pariser Blättern.

Wenngleich die Ruhrpolitik Poincarés sich der ebenso unentwegten wie verzweifelten Unterstützung der gesinnungsgleichen nationalistischen Presse in Frankreich zu erfreuen hat, so fangen andererseits doch die französischen Witzblätter dafür, der Regierung die Wahrheit des Verkes zum Bewußtsein zu bringen, daß, wer den Schaden hat, für den Spott nicht zu sorgen braucht. Zur Kennzeichnung der um sich greifenden Erkenntnis, daß die Gewaltpolitik Poincarés ein Schlag ins Wasser ist, verdienen diese bitterbösen satirischen Verulkungen immerhin Beachtung, um so mehr, als gerade in Frankreich der Witz eine Waffe ist, die tödlich wirkt.

In einem Witzblatt findet man da in großer Aufmachung das Telegramm einer Agentur, die triumphierend verkündet: „In Paris ist jetzt endlich die erste Kohle aus dem besetzten Ruhrrevier angekommen. Le Trocqueur hat sich beeilt, sie in der Deputiertenkammer auszustellen. Es ist ein sehr schönes Stück, das mindestens 250 Gramm wiegt. Die Kohlen wurden von dem donnernden Applaus der Abgeordneten begrüßt. Nachdem sich der Beifall gelegt hatte, erklärte der Minister: Meine Herren, Sie sehen, Deutschland bezahlt wirklich, und diesmal zahlt es nicht in leeren Worten, sondern, wie das Kohlenstück beweist, in realen Werten." Eine andere Notiz besagt: „Die Deutschen, deren diabolische Tücken und Listen nur zu gut bekannt sind, haben sich der Täuschung hingegeben, uns dadurch Schwierigkeiten zu bereiten, daß sie die Vergleute im Ruhrrevier zum Streik zwingen. Sie haben dabei gehofft, die Okkupationsarmee des Heisstoffes zu berauben und unsere Ingenieure durch die Kälte zum Rückzug zu zwingen. Glücklicherweise ist dieser Höllenplan durch die Aufmerksamkeit unserer Regierung verhütet worden. Ueber den Plan unterrichtet, hat Herr Poincaré unverzüglich befohlen, daß 20 000 Tonnen Kohlen, die im französischen Kohlenbecken von Anzin zur Verladung bereit lagen, um nach Paris zu kommen, sofort nach der Ruhr auf den Weg gebracht werden."

Daß die Regierung an alles denkt, beweist eine andere Scherzmeldung, die besagt, daß der Kriegsminister die berühmte Sängerin der Pariser Oper Marthe Chénal einberufen und in plombierten Waggon nach der Ruhr gesandt hat, um den Mut der Truppen durch den Gesang der Marseillaise und des Sanges der Ingenieure — man lese den Gesang der Abmarschierenden — zu beleben. Zur Behebung der Zuversicht dient auch ein Artikel aus der Feder des Oberleutnants Roussel: „Wir sind schon über drei Wochen im Ruhrgebiet, schreibt der Sachverständige, und auch das schärfste Auge kann nicht das kleinste Zeichen der Ermüdung erkennen, weder auf unserer Seite noch auf der des Feindes. Ich brauche nicht erst auszuführen, wie ermutigend diese Erkenntnis für jeden wahren Patrioten sein muß."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19230228017/fragment/page=0002